

Postsendungen ausspioniert

In den vergangenen Tagen hatten verschiedene Medien berichtet über die Postüberwachungspraxis des US-Geheimdienstes „NSA“, welcher auch Briefe und Pakete abfängt, öffnet und Inhalte manipuliert. Wie nun aus der Antwort auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, kommen Postüberwachungen in Thüringen nicht nur bei strafprozessualen Anlässen oder der Überprüfung von Haftpost bei Gefangenen zum Einsatz. Auch der Thüringer Verfassungsschutz benutzt mehrere tausend Euro teure Geräte von einem „Staatstrojaner“-Hersteller, um Postsendungen mit „Dampferzeugern“ zu öffnen, auszuspionieren und wieder zu verschließen.

„Nachdem die Landesregierung jetzt einräumte, dass der Verfassungsschutz Thüringer Postunternehmen direkt aufsucht, um abgefangene Brief- und Paketsendungen quasi noch neben dem Postförderband auszuforschen, ergibt sich für uns einiger Nachfragebedarf“, so Katharina König, LINKE-Landtagsabgeordnete und Mitglied des Innenausschusses.

So verfügt nach Angaben der Landesregierung der Thüringer Inlandsgeheimdienst über vier Geräte, darunter zwei „transportable Briefbearbeitungskoffer“. Kosten für einen Koffer: Rund 8.000 Euro sowie Zubehör für weitere 1225 Euro, beispielsweise der Dampferzeuger. Die Landesregierung berich-

tet in ihrer Antwort, dass Thüringer Verfassungsschutz bei Postdienstleistern auch vorsortierte Post öffnen und auswerten oder Sendungen aus dem Postlauf entnehmen und in das Erfurter Verfassungsschutzamt bringen, um sie dort genauer unter die Lupe zu nehmen. Die Dienstleister seien per G10-Gesetz zur Mitwirkung verpflichtet, eigene Räumlichkeiten stünden dem Nachrichtendienst aber nicht zur Verfügung.

„Solch schwerwiegende Eingriffe in das Post- und Fernmeldegeheimnis sollten nicht den Schlapphüten überlassen werden“

„Dass der Thüringer Verfassungsschutz Gerätschaften zur Briefüberwachung ausgerechnet jener Firma einsetzt, die bereits im Zusammenhang mit dem so genannten ‚Staatstrojaner‘ und dessen verfassungsrechtlich bedenklichen Funktionsumfang in Verruf geraten ist, lässt uns aufhorchen“, betonte Katharina König mit Bezug auf die DigiTask-Technik.

Die neuerliche Antwort der Landesregierung, insbesondere der Umstand, dass Verfassungsschutz offenbar die Postverteilzentren direkt ansteuern, biete Anlass für Nachfragen. So soll nun auch geklärt werden, ob der Inlandsgeheimdienst die Postüberwachungen und Inhaltsentnahmen nach ähnlich sorgfältigen Standards dokumentiert und versiegelt wie die Polizei

mit Asservaten verfährt. „Nebulös bleiben weiterhin die Einsatzbereiche und Häufigkeit, da das Innenministerium mit Verweis auf die Geheimhaltung nur angibt, dass Postüberwachungen in allen Phänomenbereichen des Verfassungsschutzes in Betracht kämen“, sagte die LINKE Landtagsabgeordnete.

Mit der erneuten Anfrage möchte die Linksfraktion nun von der Landesregierung auch wissen, ob überhaupt und wenn ja, wie Manipulationen der Briefinhalte bei Öffnungen durch den Verfassungsschutz ausgeschlossen werden können.

DIE LINKE fordert die Abschaffung des Verfassungsschutzes einschließlich seiner nachrichtendienstlichen Befugnisse. „Solch schwerwiegende Eingriffe in das Post- und Fernmeldegeheimnis sollten nicht unkontrollierbar den Schlapphüten überlassen werden, sondern neben den Justizvollzugsanstalten nur Strafverfolgungsbehörden vorbehalten sein, wo bei Postüberwachungen im Gegensatz zum Geheimdienst die Anwesenheit von Richtern bzw. Staatsanwälten zwingend erforderlich ist“, sagte Katharina König abschließend.

Katharina König hat erneut eine Nachfrage eingereicht, welche (ebenso wie die bisherigen Antworten der Landesregierung) auf der Internetseite der Linksfraktion (www.die-linke-thl.de) zu finden ist.

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Grüner Größenwahn

„Thüringer Grüne wollen regieren – egal mit wem“, so auf den Punkt gebracht titelte kürzlich das Internetportal „InSüdthüringen“. Und tatsächlich sendet die Partei, die sich laut Eigendarstellung wieder zunehmend auf ihren Markenkern Ökologie konzentrieren will, beinahe tagtäglich das Signal, sie sei zu Koalitionen unter Führung von Linkspartei wie auch von CDU bereit. Der Linkspartei attestieren sie inzwischen nämlich, diese sei „regierungstauglich“. Wie edel! Doch Hochmut kommt vor dem Fall. Deshalb der Hinweis: um überhaupt regieren zu können, müssen die Grünen erst einmal wieder in den Landtag kommen. Ob ihnen das gelingt, ist noch offen. Bei den letzten Umfragen schrammen sie jedenfalls mit fünf, sechs Prozent gerade so ins Landesparlament.

Unterdessen schreibt der Unternehmensberater Ludger Volmer, früher einmal Vorsitzender der Grünen, seine Partei hätte nie eine Partei links von sich zulassen dürfen. Zulassen dürfen? Das ist purer gaga-grüner Größenwahn. Wer hätte diese Truppe, die in Ostdeutschland nie über den Status einer Zwergpartei hinausgekommen ist, denn überhaupt gefragt?

Außerdem jammert Volmer, man falle „als Auffangbecken für den Sozialprotest nun aus“. Nun? Volmer, der Anfang Mai gemeinsam mit Franz Müntefering nostalgisch an die SPD-Grüne-Koalition erinnerte, müsste es doch besser wissen: in deren Zeit fallen desaströse Entscheidungen, wie die deutsche Beteiligung am „Kosovo-Krieg“ gegen Jugoslawien (da war Volmer Staatsminister im Auswärtigen Amt!) und später die Hartz-Gesetze – die grüne Glaubwürdigkeit war schon vor 15 Jahren dahin.

Andererseits hat Volmer sich wohl einen kleinen Rest realistischer Selbstwahrnehmung erhalten: er wirft den Grünen heute Profillosigkeit vor.

Zur Projektarbeit des Aktionskreises für Frieden e.V.

Im August 1997 wurde das Projekt „Literaturcafé“ in Erfurt gegründet zur Kultur- und Literaturförderung prekärer Familien. Deshalb war der Eintritt von Anfang an kostenlos. Im 17. Jahr des Bestehens wackelte das Projekt gewaltig. Hintergrund war die Tatsache, dass Kulturdirektion und Kulturausschuss der Stadt Erfurt schon im zweiten Jahr uns die beantragten Fördermittel verweigerten, obwohl sich der Aktionskreis für Frieden e.V. (AKF) am kulturellen Jahresprojekt Erfurts „Wie viele Worte braucht der Mensch“ mit einem eigenen Programm beteiligte.

2014 sollen verschiedene Kulturräume vorgestellt und erläutert werden. Den Auftakt machte Ende Mai Dr. Ludmila Prevsner von der Jüdischen Landsgemeinde Thüringen. In ihrem Buch „Ein Elefant für den Kaiser“ erzählt sie über wenig bekannte Kapitel der jüdischen Geschichte: Jüdische Bürger kamen mit den Römern über den Limes und siedelten sich bei den germanischen Stämmen an. Im Frankenreich, in der Regierungszeit Karl des Großen (746-814), wird der Jude Isaak aus Aachen urkundlich erwähnt. Sprach- und reisekundig entsandte der König ihn an den Hof des Kalifen von Bagdad, Haran al-Raschid, um Handelsbeziehungen zu knüpfen. Isaak ging in die Geschichte

ein, weil er auch noch das Geschenk des Kalifen, einen Elefanten, glücklich an Karls Hof brachte. Wir bringen unser Projekt dank der Spende von 350 Euro gut durch das Jahr 2014. An dieser Stelle danken wir Maria Funke (Mitarbeiterin der Linksfraktion, die



sich um die Spendentätigkeit der Alternative 54 kümmert, d.R.) und allen LINKEN Abgeordneten des Thüringer Landtags, in deren Namen uns MdL Susanne Hennig-Wellsow, Landesvorsitzende der Partei, die Spende überbrachte.

Ute Hinkeldein, Thüringer Friedenskoordination/Aktionskreis für Frieden e.V.

Mit Hilfe der Alternative 54 e.V. (Veren der Landtagsabgeordneten der LINKEN zur „Sozialisierung“ der automatischen Diätenerhöhungen nach Paragraph 54 der Landesverfassung) konnten seit ihrer Gründung im Jahr 1995 gemeinnützige Projekte und Initiativen mit insgesamt 931.000 Euro Euro unterstützt werden.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.